

## **Bauernbund Brandenburg: Geschäftsbericht 2006**

Liebe Berufskollegen,

die Begrüßung hat unser Geschäftsführer gemacht, den Geschäftsbericht mache diesmal ich. Wir haben einfach mal die Rollen getauscht. Überhaupt ist es ja so, dass wir im Vorstand fast alles gemeinsam machen und die Zusammenarbeit klappt sehr gut und bringt viel Spaß – ich hoffe, die Vorstandskollegen und der Geschäftsführer können das bestätigen. Aber wie kommt unsere Arbeit bei den Mitgliedern an? Heute stellen wir Ihrer Kritik. Ich zähle im folgenden kurz einige Punkte auf, die im vergangenen Jahr unsere Schwerpunkte waren.

### **1.) AGRARREFORM**

Hier haben wir vor allem strategisch gearbeitet. 2009 wird es eine Halbzeitbewertung geben, an der die Agrarreform neu ausgerichtet werden soll. Die Diskussion darüber hat schon begonnen.

Wir haben grundsätzlich darüber nachgedacht, ob wir die Subventionen für sinnvoll halten. Das Ergebnis werde ich nicht öffentlich verkünden. Soviel aber doch: Die Logik staatlicher Eingriffe in die Landwirtschaft hat immer auch etwas mit Geben und Nehmen zu tun: Wenn nun die Subventionen gekürzt werden sollen, was zu erwarten ist, müssen auf der anderen Seite auch Belastungen für die Landwirtschaft zurückgefahren werden. Dabei erheben wir folgende Forderungen:

- Ersatz der handelbaren Betriebsprämie durch eine nicht handelbare Flächenprämie.
- Abschaffung von Cross compliance. Wer gegen geltendes Recht verstößt, soll bestraft werden in Form von angemessenen Bußgeldern. Aber wer vergisst, täglich aufzuschreiben, dass er sich an geltendes Recht gehalten hat, soll keinen Nachteil mehr haben.
- Streichung der Mineralölsteuer für die Landwirtschaft. Wer die Straßen überwiegend nicht benutzt, braucht auch keine Straßenbenutzungsgebühr zu entrichten.

### **2.) FLURNEUORDNUNG**

Die Flurneuordnung in Brandenburg steht angesichts geringerer finanzieller und personeller Mittel auf dem Prüfstand. Auch hier haben wir bislang vor allem nach einer Strategie gesucht, die wir demnächst öffentlich vorstellen wollen.

Wir meinen: So wie bisher kann es nicht weitergehen. Die großen Verfahren sind viel zu schwerfällig und kommen nicht voran. Einfach nur weniger Verfahren derselben Art durchzuführen, ist keine Alternative. Die Eigentümerbeiträge zu erhöhen würde nach hinten losgehen und ortsansässige Eigentümer dazu zwingen, ihr Land zu verkaufen.

Unsere Überlegungen:

- Wenn überhaupt, dann sollten Flurneuordnungsverfahren in Zukunft in überschaubaren Größenordnungen zwischen 100 und 500 ha durchgeführt werden, mit dem Ziel, die Verfahren in einem Zeitraum abzuschließen, in dem die Teilnehmer noch etwas davon haben. Sinnvoll sind Verfahren vor allem bei Infrastrukturmaßnahmen oder bei schwerwiegenden Bewirtschaftungsproblemen, die nicht durch Pflugtausch gelöst werden können. Voraussetzung ist, dass eine zahlenmäßige und flächenmäßige Mehrheit der Eigentümer sie fordert.
- Zügig abgeschlossen werden sollte dagegen die Zusammenführung von Boden und Gebäuden sowie die Ausmessung von über Privatflächen verlaufenden Wegen und

- Gräben. Diese Defizite im Kataster sind die häufigsten Ursachen für rechtliche Auseinandersetzungen und Schwierigkeiten beim Pflugtausch.
- Stärker ausgebaut werden sollte außerdem der freiwillige Flächentausch, indem grundsätzlich notarielle Tauschverträge über landwirtschaftliche Flächen, die der Strukturverbesserung dienen, durch Bescheinigung des Amtes von der Grunderwerbssteuer befreit werden. Bisher ist die Steuerbefreiung nur möglich, wenn der Tauschvertrag in einem langwierigen und vom Ablauf her absurden Verfahren bei den Ämtern selbst durchgeführt wird und mindestens einer der Beteiligten praktizierender Landwirt ist.

### 3.) DÜRREHILFE

Hier haben wir Position bezogen, die meisten haben es mitgekriegt. Wir haben uns einmal grundsätzlich gegen eine Dürrehilfe ausgesprochen – das war vielleicht ein bisschen gewagt, ist aber durch Ernteergebnisse und Preisentwicklung bestätigt worden – und dann haben wir im Dezember die Ausgestaltung der Dürrehilfe kritisiert, und zwar vor allem drei Punkte:

- Zum einen, dass durch die sogenannte Bagatellgrenze von 2500 Euro Betriebe unter hundert Hektar – und das sind nicht die ganz Kleinen – keine Chance hatten, in den Genuss der Mittel zu kommen. Das Ganze ist auch deshalb völlig unglaubwürdig, weil der Agrarminister sich auf der anderen Seite vehement gegen Kappungsgrenzen ausspricht, wenn es um die ganz Großen geht.
- Zum anderen haben wir kritisiert, dass diejenigen, die am meisten unter der Trockenheit gelitten haben, nämlich die die Futterbaubetriebe mit Grünland und Mais, es am schwersten hatten, in den Genuss der Mittel zu kommen, weil nicht die Hektarerträge, sondern alle Einnahmen, also auch die aus der Tierproduktion, für die Schadensberechnung herangezogen wurden.
- Und schließlich ist es überhaupt nicht einzusehen, dass wieder einmal die erfolgreichen Familienbetriebe benachteiligt werden, weil zur Beurteilung der Liquiditätsschwierigkeiten bei Personengesellschaften und GBR die privaten Vermögensverhältnisse der Betriebsleiter herangezogen werden, bei juristischen Personen dagegen nicht.

Die Dürrehilfe ist durch, die Mittel sind ausgezahlt. Jetzt geht es darum, zu verhindern, dass mit der Dürrehilfe nach Altschuldenregelung, Vermögensauseinandersetzung und BVVG-Flächenvergabe eine weitere Geldquelle erschlossen wird, um marode Großbetriebe am Leben zu erhalten. Wir haben deshalb eine Anfrage an das Agrarministerium gestellt, in der wir exakte Angaben darüber verlangen, wohin die Mittel geflossen sind, wer also der hauptsächliche Nutznießer war, und wie die Regelungen begründet werden. Die Antwort steht noch aus ... wir bleiben dran.

### 4.) WASSERGESETZNOVELLE

Hier gab es auf der letzten Mitgliederversammlung eine intensive Diskussion. Am Ende stand der Aufruf an alle Mitglieder, uns Beispiele zu melden für willkürliche Verwaltungsgebühren zu den Umlagen der Wasser- und Bodenverbände. Leider haben wir nur eine Meldung bekommen, bei der der Fall auch sehr speziell gelagert war. Damit kann man natürlich keinen Staat machen bzw. keine Initiative an die Kommunalaufsicht herantragen, wie wir das mal vorhatten.

Und so haben wir nur Stellung genommen zum Entwurf der Wassergesetznovelle, der uns im Sommer zugesandt wurde. Unsere wesentlichen Hinweise zum Entwurf:

- Wir begrüßen die Differenzierung in versiegelte und nicht versiegelte Flächen

- und stellen fest, dass sich aus unserer Sicht bewährt hat, den Umlagebescheid erstens zusammen mit dem Grundsteuerbescheid zu versenden und zweitens dabei als eine eigene Position auszuweisen. Dadurch entsteht kein nennenswerter Verwaltungs-aufwand. Eine Formulierung, die in diese Richtung weist, ist im Entwurf enthalten, hier haben wir noch einmal nachdrücklich darauf hingewiesen, dass dies ein entscheidender Punkt ist.
- Die im Entwurf vorgesehene Ermächtigung für den Agrarminister, Wasser- und Bodenverbände durch Rechtsverordnung zusammenzuschließen, lehnen wir ab. Es ist nicht einzusehen, welches öffentliche Interesse die legitimen Interessen der Mitglieder, einen solchen Zusammenschluss aus freiwilligen Stücken vorzunehmen oder abzulehnen, überwiegen soll.
- Die im Entwurf vorgesehenen Verbandsbeiräte halten wir grundsätzlich für richtig, aber wir meinen nicht, dass diese überall erforderlich sind. Die aktiven Leute vor Ort sind schon in so vielen Gremien, und es gibt ja durchaus auch Verbände, die funktionieren. Daher schlagen wir vor, die Bildung von Verbandsbeiräten in der geplanten Form nicht zwingend vorzusehen, sondern als Option, wenn dies von seiten der Landeigentümer gewünscht wird.

## 5.) RINDFLEISCHMARKETING

Zum 6. Jahrestag von BSE haben wir stillgehalten, was aber nicht heißt, dass wir müde geworden wären. Wir bleiben bei unserer Forderung nach Abschaffung der BSE-Tests und der zwangsweisen Tierkennzeichnung und nach einer Entschuldigung der Politiker bei den rinderhaltenden Bauern. Aber weil das nicht in Sicht ist, haben wir bei der Grünen Woche eine Aktion gestartet, um Rindfleisch stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken – und zwar nicht nur Steaks und Rouladen ...

Wir haben mit dem Fleischartverband Berlin-Brandenburg ein neues Produkt eingeführt: Das Wurzelkraftfleisch. Das ist Kraftfleisch – also Corned Beef – mit Möhren und Pastinaken verfeinert. Ich zitiere mal aus dem Faltblatt, das wir gemeinsam mit den Fleischern dazu verteilt haben:

„Fleisch ist das beste Gemüse ... Rindfleisch mit Gemüse – es gibt nichts Besseres!  
Zumal, wenn es Rindfleisch aus Brandenburg ist. Zu Unrecht ist Rindfleisch in den vergangenen Jahren vielerorts vom Speiseplan verdrängt worden. Rindfleisch ist ein hochwertiges Naturprodukt und gehört zu unserer kulinarischen Kultur, vom Sonntagsbraten bis zu den Wurstrezepten. Unser Land mit seinen ausgedehnten Flussniederungen – den Bruchen und Luchen – bietet optimale Voraussetzungen für die Erzeugung von Qualitätsrindfleisch.

Rindfleisch aus Brandenburg – ein Naturprodukt in aller Munde!

Mit unserem Wurzelkraftfleisch möchten wir Ihnen eine echte brandenburgische Spezialität anbieten: Rindfleisch enthält pro Energieeinheit viele Eiweiße, Mineralstoffe und Spurenelemente – ganz wichtig, da wir im bewegungsarmen Alltag immer weniger Energie verbrennen. Als Eisenlieferant kräftigt Kraftfleisch den Kreislauf im wahrsten Sinne des Wortes. Möhren und Pastinaken ergänzen die starke Mischung um Vitamine und Kohlenhydrate. Dass die Rohstoffe aus der Region stammen, versteht sich von selbst. Guten Appetit wünschen Bauernbund Brandenburg und Fleischartverband Berlin-Brandenburg.“

Das Rezept für Wurzelkraftfleisch wurde von der Fachschule der Fleischerinnung entwickelt und wird allen Fleischer-Fachbetrieben in Berlin und Brandenburg zur Verfügung gestellt. Fragen Sie ruhig mal bei Ihrem Fleischer nach. Die Zusammenarbeit mit dem

Fleischerverband war sehr gut, das wollen wir fortsetzen und haben auch schon ein paar Ideen im Kopf.

## 6.) GRÜNE GENTECHNIK

Dazu nur soviel, dass dieses Thema in unserer Pressearbeit breiten Raum einnimmt und wir inzwischen als kompetenter Ansprechpartner dazu überall bekannt sind. Wir haben das vergangene Jahr genutzt, eine eigene rein landwirtschaftliche Position zu formulieren, mit der wir uns in der Argumentation deutlich von Umwelt- und Verbraucherschützern unterscheiden: Grüne Gentechnik – produktionstechnisch überflüssig und betriebswirtschaftlich gefährlich! Vielleicht haben Sie meinen Beitrag dazu im letzten Rundbrief gelesen.

Man hört dazu manchmal, die Grüne Gentechnik könnten wir eh nicht aufhalten. Zugegeben, unsere Gegner sind sehr mächtig. Aber wenn der überwiegende Teil der Landwirtschaftsbetriebe bei konventionellem Saatgut bleibt, wird es für die Konzerne zumindest schwierig, Nutzungsgebühren durchzusetzen, denn noch unterscheidet sich unser deutsches und europäisches Patentrecht in dieser Frage von den Regelungen in USA und Kanada ganz erheblich. Und im Prinzip – da sind wir uns hoffentlich auch einig – gehört das Patent auf Lebewesen grundsätzlich abgeschafft.

In eine Pflanze mit 10.000 Genen ein neues Gen einzubauen, ist wie bei einem Traktor eine Ventilkappe auszuwechseln. Die Ventilkappe würden wir schon noch bezahlen – wenn wir danach sicher weiterfahren können, was bei der Gentechnik durchaus nicht klar ist. Aber auf keinen Fall wollen wir jedes Jahr Nutzungsgebühren für den ganzen Traktor bezahlen! Deshalb werden wir als Bauernbund weiter mit ganzer Kraft gegen die Gentechnik und für die unternehmerische Freiheit unserer Landwirtschaftsbetriebe kämpfen.

Das war natürlich nur ein Ausschnitt aus unseren Aktivitäten. Aber es sind die Schwerpunkte. Vielleicht sehen einige Mitglieder das anders, wo unsere Schwerpunkte liegen sollten oder haben noch zusätzliche Punkte, wo wir als Verband aktiv werden müssten. Darüber können wir gleich diskutieren.

Jetzt folgen erstmal die Berichte von Buchhaltung und der Kassenprüfung:  
Doris Beuster und Torsten Gerloff.

Dankeschön!

*Karsten Jennerjahn*